

## Nach Eskalation: Lage in Belarus beruhigt sich

Sicherheitskräfte und Geflüchtete attackieren sich. Merkel erntet Kritik für ihr Telefonat mit Lukaschenko.

**WARSAU/MINSK.** In der Krise um die Migranten an der belarussisch-polnischen Grenze ist weiterhin keine Lösung in Sicht. Am Dienstagvormittag kam es bei dem Übergang Kuznica-Bruski an der polnisch-belarussischen Grenze zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Migranten und polnischen Uniformierten: Polnische Sicherheitskräfte setzten nach übereinstimmenden Berichten aus Polen und Belarus Wasserwerfer gegen die Flüchtlinge ein. Das Verteidigungsministerium in Warschau sprach von einem „Angriff der Migranten“ am Grenzübergang Kuznica.

Am Dienstagabend meldete der polnische Grenzschutz dann via Twitter, die Lage habe sich wieder beruhigt: „Momentan kehren die Ausländer vom Grenzübergang Kuznica-Bruski auf das Gelände des früheren Zeltlagers zurück, das sich ein paar hundert Meter weiter an der Grenzlinie befindet.“ Russlands Präsident Wladimir Putin telefonierte am Dienstag erneut mit dem belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko. Dieser ordnete am Abend an, Frauen und Kinder unter den Flüchtlingen in einem Logistikzentrum bei Grodno unterzubringen.

Die Menschen seien von der belarussischen Seite mit Knallgranaten und Tränengas ausgestattet worden, sagte ein Sprecher der polnischen Polizei. Sie hätten die Beamten auch mit Steinen beworfen. Eine Grenzschutzbeamtin, ein Soldat und ein Polizist wurden demnach verletzt. Die Angaben lassen sich nicht unabhängig überprüfen, da Polen keine Medien für eine Berichterstattung aus der Grenzregion zulässt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte sich am Vortag in einem Telefonat mit dem belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko für eine Deeskalation der Lage eingesetzt. Merkel ist damit die erste westliche Regierungschefin, die seit der umstrittenen Wiederwahl Lukaschenkos im vergangenen Jahr mit diesem telefonierte. Die Grünen kritisierten das Telefonat aufs Schärfste. Es handle sich um ein „verheerendes Signal“, sagte der Außenpolitiker Omid Nouripour im Deutschlandfunk. Er wies darauf hin, dass die EU Lukaschenkos Wiederwahl nicht anerkenne. Mit ihrem Telefonat habe Merkel de facto jedoch genau diese Anerkennung vollzogen.

Lukaschenko wird beschuldigt, in organisierter Form Flüchtlinge aus Krisenregionen an die EU-Außengrenze zu bringen. Vermutet wird, dass er sich damit für Sanktionen rächen will, die die EU wegen der Unterdrückung der Zivilgesellschaft und der Opposition in Belarus erlassen hat. *dpa*

## Polens Justiz passt nicht zu EU-Recht

**LUXEMBURG.** Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat erneut eine Regelung im aktuellen polnischen Justizsystem für unzulässig erklärt. Die Richter urteilten am Dienstag, dass es gegen EU-Recht verstoße, dass der Justizminister, der gleichzeitig Generalstaatsanwalt ist, Richter an Strafgerichte höherer Ordnung abordnen und eine solche Abordnung jederzeit beenden könne. Die Regierung in Warschau wies die Entscheidung scharf zurück.

Die Regelung führe dazu, dass die Richter während der Dauer ihrer Abordnung nicht über die Garantien und die Unabhängigkeit verfügten, über die ein Richter in einem Rechtsstaat normalerweise verfügen müsse, teilte der EuGH mit. Nach dem Urteil ist es demnach nicht ausgeschlossen, dass die Regelung als Instrument zur politischen Kontrolle des Inhalts justizieller Entscheidungen eingesetzt wird.

Erst im Oktober hatte der EuGH Polen zur Zahlung eines täglichen Zwangsgeldes in Höhe von einer Million Euro verurteilt, weil es ein früheres Urteil zu umstrittenen Justizreformen nicht umgesetzt hat. Konkret ging es dabei insbesondere um die Anordnung, die Arbeit der Disziplinarkammer zur Bestrafung von Richtern zu stoppen. Die Tätigkeit ist nach EuGH-Entscheidungen nicht mit EU-Regeln zur Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz vereinbar.

Der Umgang von Polens nationalkonservativer PiS-Regierung mit dem Justizsystem des Landes steht schon seit Jahren heftig in der Kritik. *dpa*

VON RENATE ALLGÖWER

**STUTT GART.** Das Ergebnis der Bundestagswahl löst bei den meisten Baden-Württembergern und Baden-Württembergern wenig Begeisterung aus. Das zeigt der neue BaWü-Check des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen. Einzig die oft gebeutelten Anhänger der Sozialdemokraten im Land sind gegenwärtig im Aufwind. Während sich die Auswirkungen der Bundestagswahl auf die Landespolitik eher schwer abschätzen lassen, zeigt sich eines deutlich: Die Entwicklung der Verbraucherpreise machen der Bevölkerung zu schaffen.

**1 Bundestagswahl** In Baden-Württemberg ist nur gut jeder Dritte (36 Prozent) zufrieden mit dem Ausgang der Bundestagswahl. Fast der Hälfte (47 Prozent) wäre ein anderes Ergebnis lieber gewesen. Mehr als jeder Sechste (17 Prozent) weiß nicht recht, was er von dem Ergebnis halten soll und äußert sich unentschieden.

**2 Unterschiedliche Sicht auf die SPD** Die Sozialdemokratie und ihre Anhänger haben den Wahlausgang im Bund als großen Erfolg gefeiert. Die Sympathisanten der SPD in Baden-Württemberg halten nach wie vor viel von ihrer Partei. 74 Prozent von ihnen gefällt die Bundes-SPD derzeit gut. Bei der Gesamtbevölkerung im Südwesten sieht das anders aus. Da hat nur jeder Vierte ein positives Bild von Olaf Scholz und seiner Truppe. 37 Prozent aller Befragten gefällt die Bundes-SPD nicht gut.

Wenn es um die SPD in Baden-Württemberg geht, ist die Begeisterung auch in den eigenen Reihen deutlich geringer. Nur 54 Prozent derer, die sich als SPD-Anhänger bezeichnen, erklärten in der Umfrage, die Landes-SPD gefalle ihnen gut. Unter allen befragten Baden-Württembergern trifft das nur auf 17 Prozent zu. 42 Prozent gefällt sie nicht gut.

**3 Rückwirkungen auf die Landesregierung** Zwar fällt das Urteil über die SPD im Land nicht besonders positiv aus, doch bröckelt nach der Bundestagswahl der Rückhalt für die grün-schwarze Koalition in Baden-Württemberg. Im November sagten 41 Prozent der Befragten, sie würden eine Ampelregierung aus Grünen, SPD und FDP der grün-schwarzen Koalition vorziehen. Das waren vor der Bundestagswahl bei der Befragung im Juli nur 31 Prozent. Grün-Schwarz finden aktuell 31 Prozent gut, im Juli waren es noch 35 Prozent. Die Demoskopie aus Allensbach betonen, insbesondere Anhänger der Grünen würden die Fortsetzung von Grün-Schwarz im Land zunehmend kritisch sehen.

**4 Rückhalt für Kretschmann** Im gleichen Maße wie die Zustimmung zur grün-schwarzen Koalition in Baden-Württemberg zurückgegangen ist, wird auch die Unterstützung für den populären grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann etwas weniger. Er kann sich immer noch auf eine relative Mehrheit der Befragten verlassen: 41 Prozent von ihnen wünschen sich, dass Kretschmann die volle Amtszeit bis 2026 absolviert – im Juli waren das aber noch 45 Prozent. Jetzt plädieren 35 Prozent dafür, dass er sein Amt vorzeitig an einen Nachfolger übergibt, im Juli sagten das 32 Prozent. Bemerkenswert ist, dass sich vor allem die Unterstützer der Grünen wünschen, dass während der Legislaturperiode ein Wechsel an der Spitze erfolgt. Das erklären jedenfalls die Demoskopie. Unentschieden zeigen sich in der Frage, ob der 73 Jahre alte Regierungschef vorzeitig aufgeben sollte, jetzt 24 Prozent der Befragten, im Juli waren es 23 Prozent.

**5 Die Rente ist wichtig** Zwar halten die Bürger nicht besonders viel vom Ausgang der Bundestagswahl. Doch ihre Erwartungen an eine künftige Bundesregierung sind sehr konkret. Am allerwichtigsten ist ihnen, dass die Renten sicher sind. Das nannten 65 Prozent der Befragten als oberste Priorität. 58 Prozent erwarten, dass die Regierung für bezahlbaren Wohnraum sorgt. Mit kurzem Abstand dahinter rangieren mit 57 Prozent die Stärkung des Gesundheitssystems und der Umwelt- und Klimaschutz mit 55 Prozent. Bei 13 Themenbereichen kam die stärkere Förderung von Familien mit Kindern nur auf Rang zehn (38 Prozent), dahinter lag der Wunsch, das Schienen- und Straßennetz auszubauen und zu sanieren (30 Prozent), die öffentliche Verwaltung effizienter zu machen (29 Prozent) und die Staatsschulden zu begrenzen (26 Prozent).

**6 Zwiespältige Haltung zu Schulden** Angesichts zahlreicher Wünsche und Erwartungen an die neue Bundesregierung rangiert die Begrenzung der Staatsschulden hin-

## BaWü-Check



# Die Rente ist das Topthema

Eine Umfrage der Tageszeitungen im Südwesten zeigt: Die Menschen machen sich Gedanken um ihre Finanzen. Die neue Bundesregierung soll vor allem die Renten sichern.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen auch im Alter gesicherte Finanzen.

Foto: dpa/Sebastian Gollnow

### Was ist der BaWü-Check

**Aktion** Der BaWü-Check ist eine Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, die das Institut für Demoskopie Allensbach inzwischen zum siebten Mal durchgeführt hat.

**Befragung** In der Zeit vom 28. Oktober bis zum 8. November wurden in Baden-Württemberg 1020 Personen online befragt. Die per Zufall ausgewählten Personen erhielten eine E-Mail und konnten über einen Link zum Fragebogen gelangen. Der Fragebogen umfasste 14 Fragen. Die Befragten konnten vorgegebene Antworten anklicken.

**Auswahlmethode** Befragt wurden Personen ab 18 Jahren aus der deutschsprachigen Bevölkerung in Baden-Württemberg. Die Stichprobe wurde durch eine nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk geschichtete Zufallsauswahl ermittelt, erklärt das Institut für Demoskopie in Allensbach. *ral*

ten in der Prioritätenliste der Bürger. Allerdings meinen 53 Prozent der Baden-Württemberger schon, dass der Bund keine neuen Schulden machen sollte. Jeder Vierte ist dagegen der Auffassung, der Staat sollte in bestimmten Bereichen mehr Geld ausgeben, auch wenn er dafür neue Kredite brauche.

**7 Hohe Verbraucherpreise** Zwei von drei Befragten (65 Prozent) belasten die hohen Energie- und Lebensmittelkosten spürbar. Bei den Bürgern, die über ein niedriges Einkommen verfügen, klagen sogar drei Viertel über die Preissteigerungen. Je nach Einkommen schlagen die verschiedenen Bereiche unterschiedlich stark zu Buche. Die Bevölkerung insgesamt klagt vor allem über die Preise beim Tanken und Heizen (71 und 66 Prozent). Die Befragten mit niedrigem Einkommen treffen vor allem die Lebensmittelpreise. 76 Prozent nennen sie als Hauptproblem, gefolgt von den Stromkosten, die 74 Prozent zu schaffen machen. Das Tanken folgt bei den weniger Betuchten mit 61 Prozent erst nach der Belastung durch das Heizen (69 Prozent) auf dem vierten Platz.

**8 Problematischer Klimaschutz** Die hohen Verbraucherpreise machen die Bürger zurückhaltend gegenüber Themen, die ebenfalls mit Kosten für sie verbunden sein könnten. Die Befragten halten besseren Klimaschutz zwar mehrheitlich für wichtig, aber 53 Prozent von ihnen sind nicht bereit, für den Klimaschutz höhere Energiepreise zu bezahlen. Nur 26 Prozent würden für den Klimaschutz tiefer in die Tasche greifen.

Es überwiegt die Sorge, der Klimaschutz und die Energiewende könnten für den Einzelnen große finanzielle Belastungen mit sich bringen. Die Angst vor zusätzlichen Ausgaben hängt stark von der Höhe des Einkommens ab. In der Bevölkerung insgesamt erwarten 53 Prozent eine große finanzielle Belastung durch Klimaschutzmaßnahmen, eine weniger große erwarten 31 Prozent. Erheblich größer sind die Befürchtungen bei den Befragten, die schon jetzt durch die aktuellen Preissteigerungen stark belastet sind. Aus dieser Personengruppe gehen 68 Prozent davon aus, dass die Maßnahmen für besseren Klimaschutz ihnen und ihrer Familie finanziell schwer zu schaffen machen werden. Nur jeder Fünfte schätzt die Belastungen als weniger groß ein.

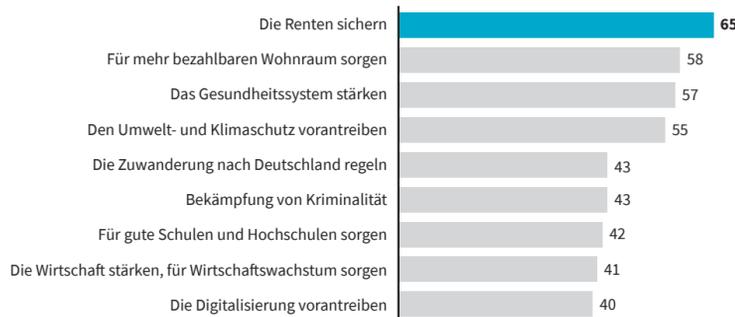


Foto: Imago/Jens Schicke

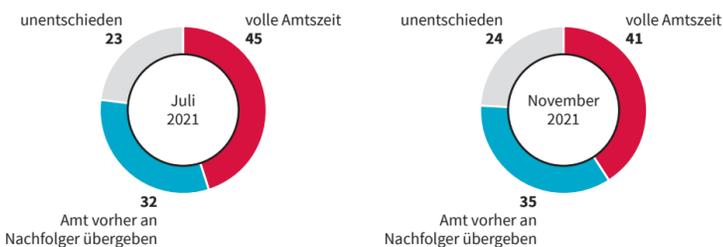
**Mit der Bundes-SPD um Olaf Scholz sind die Befragten ziemlich zufrieden.**

### Die Ergebnisse der Umfrage in ausgewählten Grafiken

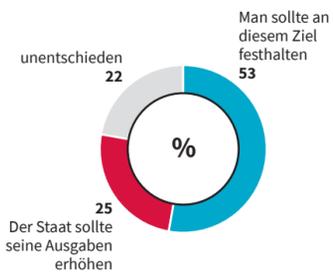
**Bei welchen Themen ist es Ihnen besonders wichtig, dass es da rasch Fortschritte gibt?** Angaben in Prozent



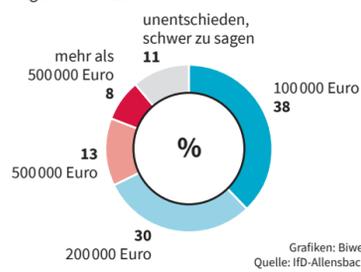
**Sollte Ministerpräsident Winfried Kretschmann die volle Amtszeit, also die nächsten fünf Jahre, im Amt bleiben, oder sollte er das Amt vorher an einen Nachfolger übergeben?** Angaben in Prozent



**Deutschland hat sich verpflichtet, möglichst keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Sollte man an diesem Ziel festhalten?** Angaben in Prozent



**Wie hoch müsste das Einkommen einer Person im Jahr sein, damit Sie diese Person als wohlhabend bezeichnen würden?** Angaben in Prozent



**9 Verbrenner soll bleiben** Die Sympathie für den Klimaschutz überwiegt zwar bei den Befragten. Sie ist aber oft theoretischer Natur. Wenn es konkret wird, sieht es bei vielen anders aus. 56 Prozent der Baden-Württemberger sind dagegen, dass ab 2030 keine neuen Autos mit Benzin- oder Dieselmotoren mehr zugelassen werden sollen. Auf dem Land sagen dazu sogar 64 Prozent Nein. In den Großstädten sind es 47 Prozent. Ausdrücklich für ein Verbot des Verbrennungsmotors treten in den großen Städten 31 Prozent ein, auf dem Land sind es lediglich 18 Prozent.

**10 Wer ist reich?** Vermögenssteuer und höhere Steuern für Spitzenverdiener standen im Bund zur Debatte. Doch wer ist reich? Es muss jemand schon ein Jahreseinkommen von mehr als 500.000 Euro haben, damit er wohlhabend ist, meinen acht Prozent der Befragten. 38 Prozent finden dagegen, reich ist schon, wer auf mindestens 100.000 Euro kommt. 30 Prozent sehen die Reichtumsgrenze bei 200.000 Euro.

Grafiken: Biber  
Quelle: IfD-Allensbach